

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonnabend Morgen und am Montag Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettelerstrasse No. 4) und auswärtig bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

# Danziger Zeitung.



NECTEMERE NEC TIMIDE

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr.  
Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, in Leipzig: Eugen  
Furt, H. Engler in Hamburg, Haasestein & Vogler, in Frank-  
furt a. M. Fäger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchdruck.

# Zeitung.

## Amtliche Nachrichten.

Se. Maj. der König haben Allerhöchstes geruht: Den Bank-Rendanten Müller zu Münster zum Bank-Director mit dem Range eines Raths 4. Klasse zu ernennen, so wie dem Haupt-Bank-Buchhalter Weiß und dem Rendanten der Haupt-Bank-Kasse seit den Charakter als Rechnungs-Rath zu verleihen; dem Teppich-Fabrikanten Leisler zu Hanau und dem Wildhändler Hartung zu Berlin das Prädikat eines K. Hof-Eisekant zu verleihen.

(W.T.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Paris, 5. April. (Post.) Nach hier eingegangener Meldung Benedetti ist der König von Preußen Anfang Juni bestimmt hier zu erwarten.

Paris, 5. April. Der "Etendard" meldet, es würde mit Nachstem ein großer Theil der Armee mit Chassepot-schen Gewehren versehen sein.

London, 5. April. In der gesetzlichen Sitzung des Unterhauses wurde das Budget, nachdem nur geringe Einwendungen erhoben worden, genehmigt. Gladstone billigte dasselbe. Die meisten Morgenblätter sprechen über das Budget ihre Anerkennung aus. Lord Stanhope hat von der spanischen Regierung kategorisch die Herausgabe des widerrechtlich abgefangenen englischen Küstenfahrzeuges "Victoria" nebst Schadensatz und Abbitte verlangt.

London, 4. April. Nach dem heute vorgelegten Budget übersteigen die Einnahmen den Voranschlag um 2.421.000 Pfd. St., während die Ausgaben um eine Million hinter dem Voranschlag zurückbleiben. Die diesjährige Ueberschüsse veranschlagt Israel auf 1.206.000 Pfd. St. die er, eine Reserve von 246.000 Pfd. St. ausgängen, zur Schuldentlastung und der Herabsetzung der Schiffssicherungsstagen verwenden will.

Haaag, 5. April. Baron Tornacqo, Minister für Luxemburg, ist auf telegraphische Weisung hier eingetroffen und sofort von dem Könige und dem Prinzen Heinrich empfangen worden.

Haaag, 5. April. In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer interpellierte Thorbecke die Regierung über die Erklärung des Grafen v. Bismarck, daß Holland in der luxemburgischen Angelegenheit seine guten Dienste angeboten habe. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten erwiderte, es hätten eigentlich keine Unterhandlungen bezüglich Luxemburgs stattgefunden, sondern nur Besprechungen; Holland sei unbestreitbar bei der Frage interessirt. Indem Holland seine Vermittelung anbot, habe es keine Verantwortlichkeit übernehmen wollen. Der Minister äußerte sich demnächst dahin, er sei auf eine Anfrage an den Grafen Bismarck von diesem zu der Erklärung ermächtigt, daß die preußische Regierung jedes politische Band zwischen Limburg und Deutschland als gelbst betrachte und geneigt sei, dies durch einen förmlichen Act zu constatiren, wenngleich sie dieses nach den Verhandlungen des Reichstages für überflüssig erachte.

Paris, 4. April. Der heutige "Abendmoniteur" sagt, Frankreich habe Deutschland und besonders Preußen stets seine Sympathie bewiesen und berechte dies Frankreich, volle Gegenseitigkeit zu erwarten. Der Graf v. Bismarck habe dies vollkommen begriffen. — Der bisherige Vizepräsident des gesetzgebenden Körpers, Schneider, ist zum Präsidenten desselben ernannt worden.

Florenz, 4. April. Baron Ricassoli hat die Kammer benachrichtigt, daß das Ministerium seine Demission gegeben, und daß der König dieselbe angenommen habe. — Wie geschriften verlautet, wäß General Menabrea mit der Bildung eines Ministeriums beauftragt.

New-York, 3. April. Nachrichten aus Washington melden, der Kaiser Maximilian sei eingeschlossen in Queretaro und die Verbindung mit der Hauptstadt sei ihm abgeschnitten; die Eingeborenen desertieren.

Wien, 5. April. Abendbörse. Blau schließend. Credit-Aktien 181, Nordbahn 164,50, 1860er Kooste 85,50, 1864er Kooste 79,40, Staatsbahn 208,60, Galizier 217,75.

Paris, 4. April. Bankausweis. Vermehrt: Baarvor- rath um 7½, Vorschüsse auf Werthpapiere um 2½, Notenlauf um 12½ Millionen Francs. Vermindert: Portefeuille um 2½, Gut- haben des Staatschafes um 13, Rechnungen der Privaten um 1½ Millionen Francs.

London, 4. April. Bank-Ausweis. Notenlauf 23,217,880 (Zinsen 879,665), Baarvorrath 19,508,938 (Abnahme 118,294), Notenreserve 10,256,885 (Abnahme 9,49,570) Pfd. St.

Der Dampfer "City of Cork" ist aus New-York in Queenstown angelommen.

London, 5. April. Aus New-York vom 4. d. M. Abds. wird per atlantisches Kabel gemeldet: Wechselcours auf London in Gold 108½, Goldazio 33½, Bonds 109½, Illinois 114½, Griebahn 55½, Baumwolle 29½, Rauchstoffe Petroleum 26. — Der Dampfer "Virginia" ist in New-York eingetroffen.

Nach Berichten aus Mexiko hatten die Liberalen den Angriff auf Queretaro, wo Kaiser Maximilian eingeschlossen ist, begonnen.

## Norddeutscher Reichstag.

27. Sitzung am 5. April 1867.

Die Tribünen sind überfüllt. In der Hofloge der Kronprinz, die Prinzen Carl und Albrecht von Preußen, die Prinzen Carl und die Großherzogin von Baden, Nicolaius von Nassau. Es folgt die Spezialberatung über Art. 53. Dieselbe lautet: "Jeder Norddeutsche ist wehrpflichtig und kann sich in Ausübung dieser Pflicht nicht vertreten lassen." Zu diesem Artikel liegen Änderungs-Anträge vor: 1. von den Abgg. Dunker und Waldeck: Unter Streichung des Art. 53 (der die Dauer der Wehrpflicht bestimmt) dem Art. 53 folgenden Zusatz beizufügen: "Den Umfang und die Art dieser Pflicht bestimmt ein Bundesgesetz. Der Entwurf eines solchen ist dem ersten verfassungsmäßigen Reichstag vorzulegen. Bis zum Erlass dieses Gesetzes gelten für den ganzen Umfang des Bundes die Bestimmungen des preuß. Ges. über die Verpflichtung zum Kriegsdienste v. 3. Sept. 1814." 2. von den Abgg. Erxleben u. c.: Den Art. 53 zu streichen und hinter Art. 54 einen neuen Artikel aufzunehmen, nach welchem

und ich wünsche, daß selbst die Möglichkeit abgeschnitten wird, daß andere Parteien dies als Merkmal gebrauchen können. Es soll wieder hergestellt werden in dem Kampfe der Parteien das naturnächste und vernünftige Verhältnis, daß die liberale Partei die Verbesserung der Lage des Volkes als Aufgabe betrachtet und die Herstellung von guten Gesetzen zum Wohle der Nation, nicht aber die Gefährdung der Kriegsverfassung des Landes.

Abg. Lasker: Schon bei der Generaldebatte habe ich es ausgesprochen, daß mir der Grundpfeiler des jetzigen Bundes die Kriegsverfassung zu sein scheint. An diese Kriegsverfassung lehnt sich das allgemeine Wahlrecht, das allgemeine norddeutsche Bürgerrecht, die Freiheitigkeit, der Reichstag und alle anderen Rechte, die uns hier geboten werden. Wenn es Ihnen nicht gelingt, die Kriegsverfassung in Ordnung zu bringen, so stürzt das ganze Gebäude zusammen, und alle sonstigen Rechte, die Ihnen eingeräumt werden sollen, fallen mit ihrem Grundpfeiler. Die Amendingen Waldeck und Erxleben laufen darauf hinaus, daß die Ordnung der Kriegsverfassung des Bundes verschoben werden sollte, jedoch mit dem Vorbehalt, daß bis zu einer gegenseitigen Vereinbarung das Provisorium bestehen bleibt. Ich gehe von dem entgegengesetzten Gesichtspunkte aus. Der Abg. Waldeck hat das Hauptgewicht darauf gelegt, daß nicht der gegenwärtige Reichstag befugt sei, hierüber zu entscheiden, weil er dazu nicht berufen sei. Wir glauben das Gegenteil. Die meisten Mitglieder sind in der Erwartung eingetreten, die Kriegsverfassung des Bundes definitiv festzustellen zu müssen. Ich kann meinen Gegensatz zu dem Abg. Waldeck in drei Sätzen ausdrücken: ich will die Vergangenheit abschließen, ich will die Gegenwart sicher stellen, ich will die Zukunft nicht compromittieren. — Den Abschluß der Vergangenheit finde ich darin, wenn wir endlich offen die Reorganisation anerkennen. Sechs Jahre hindurch schwiebte um dieselbe der Kampf, der von dem Abg. v. Vincke eingeleitet wurde, sechs Jahre hindurch hat die preuß. Volksvertretung den rechtlichen Standpunkt in dieser Sache eingehalten. Es darf Niemand deshalb einen Stein auf sie werfen, es muß jeder anerkennen, daß sie auf dem Grunde des Gesetzes gestanden hat, daß sie faktische Zustände, wie das namenlich der Abg. v. Vincke immer betonte, so lange nicht anerkannte, ehe dieselben nicht gesetzlich geregelt waren. Aber von allen Seiten ist zu gestanden, daß der Schwerpunkt der Reorganisation in der vierjährigen Reservezeit liegt. Die Regelung dieser Frage will das Amendingen Waldeck jetzt umgehen und sie der Zukunft vorbehalten. Ich aber, indem ich bereit bin die Reorganisation jetzt anzuerkennen und jene Zeit friedlich abzuschließen, will, daß kein Zweifel darüber besteht, daß von jetzt an die Reorganisation, wie sie tatsächlich in Preußen durchgeführt ist, die Grundlage für unser Budget-Bewilligungen für alle Zeiten bilden muß. Ich würde selbst nicht anstreben, den Satz in die Verfassung aufzunehmen, daß selbst nach Ablauf des Interimistums die Reorganisation zur Basis aller Bewilligungen gemacht werden müßt. Damit aber, glaube ich, ist Alles sicher gestellt; es wäre undenkbar, daß irgend eine zukünftige Versammlung die Mittel verweigern sollte für eine Armee, deren Grundlage sie selber festgelegt hat. Man darf nicht auf die Zeit des Conflicts verweisen, ich berufe mich dazu wieder auf die Erklärung des Abg. v. Vincke, daß damals ein Widerspruch zwischen den That-Sachen und den gesetzlichen Grundlagen vorhanden war. Wenn wir aber jetzt unumwunden anerkennen, daß die jetzige Reorganisation die Basis unserer Militärverfassung ist, so nehme ich keinen Aufstand, auszusprechen, daß sie auch die Grundlage für unsere Bewilligungen ist. Es kann in einem zukünftigen Budget sich nur um einen Spielraum von einigen Hunderttausenden, höchstens 1 Million, nie aber um Bewilligungen handeln, die die Existenz der Armee in Frage stellen, weil das ganz einfach durch die Verweisung auf das Gesetz zurückgewiesen werden könnte. Man sagt nun, für die gegenwärtige kritische Zeit, die Zeit, wo die Reorganisation sich erst bewähren müßt, dürfte das Budget derselben nicht hin und her schwanken. Ich will das anerkennen, ich will für eine kleine, auslösnahme Frist ein Fixum feststellen, ich werde stimmen für das Interimistum, denn ich will die Gegenwart sicher stellen. Aber ich will auch die Zukunft nicht compromittieren; ich will, daß unsere finanziellen Zustände nicht für immer der Diskussion, der etwaigen Einschränkungen entzogen werden sollen. Wie die Kriegsverfassung die Grundlage des Verfassungs-Entwurfs bildet und immer die Wurzel der Bundesverfassung bilden wird, so ist auch der Militär-Etat die Grundlage der budgetmäßigen Bewilligungen, und wenn Sie diese uns entziehen, so geben Sie uns überhaupt nur den Schein der Bewilligung. Wir verleihen damit der Regierung eine Vollmacht, deren rechter Name die Dictatur ist, und die ist höchstens nötig für eine gewisse Zeit. Wir in unserem patriotischen Pflichtgefühl wissen sehr wohl, daß wir uns gewisser Rechte entäußern können für die Zeit der Gefahr, aber wenn wir über die Zeit der Gefahr hinaus Bewilligungen erfordern lassen, so greifen wir damit die Wurzel unserer Rechte an. Es würde für mich auch die Zukunft compromittieren, wenn nach dieser Zeit der Bestand der Armee in Frage gestellt werden könnte. Aber wenn sie anerkannt ist durch Gesetze und ergänzende Rescripte, so ist dies nicht mehr möglich, und ich will diese gesetzliche Anerkennung heute im Gegensatz zu dem Abg. Waldeck geben. Derselbe hat vorgestern gesagt, es sei besser, grade die gesetzliche Regelung der Reorganisation der Entscheidung zukünftiger Wahlen zu überlassen, es sei möglich, daß nunmehr das Volk sich mit der Reorganisation ausgeschaut habe, aber dann solle man es doch darüber befragen. Ich meine, es ist schon bei diesen Wahlen darüber befragt worden, es steht nicht mehr der Unterschied zwischen conservativ und liberal in der Militärverfassung. Es ist der liberalen Partei überhaupt nie eingefallen, die Sicherheit des Vaterlandes in Frage zu stellen,

Nachdem der Schluss der Debatte angenommen und das Amendingen Waldeck zurückgezogen, um es bei Art. 55 einzubringen, wird das Amendingen Erxleben abgelehnt und Art. 53 des Entwurfs mit großer Majorität angenommen. Ohne Discussion wird ferner fast einstimmig angenommen Art. 54, betr. die Vertheilung der Kosten des Kriegswesens auf alle Bundesstaaten.

Zu Art. 55: "Jeder wehrfähige Norddeutsche gehört 7 Jahre lang, in der Regel vom vollendeten 20. bis zum beginnenden 28. Lebensjahr, dem stehenden Heere und die folgenden 5 Lebensjahre hindurch der Landwehr an. In denselben Bundesstaaten, in denen bisher eine längere als zwölfjährige Gesamttdienstzeit gesetzlich war, findet die allmäßige Herabsetzung der Verpflichtung nur in dem Maße statt, als dies die Rücksicht auf die Kriegsbereitschaft des Bundesheeres zuläßt," liegen folgende Amendingen vor: 1. vom Abg. v. Forckenbeck, unterstützt von v. Baerst, v. Unruh, Pette, Fries, v. Bennigsen, v. Hennig, Wiggers-Rostock u. A.: Den Art. 55 in folgender Fassung anzunehmen:

Jeder wehrfähige Deutsche ist 12 Jahre hindurch, in der Regel vom vollendeten 20. Lebensjahr an dienstpflichtig. Der Dienst soll im stehenden Heere 7 Jahre, davon bei den Fahnen höchstens die ersten 3 Jahre, außerdem in der Landwehr 5 Jahre dauern. In denselben Bundesstaaten, in denen bisher eine längere als zwölfjährige Gesamttdienstzeit gesetzlich war, findet die allmäßige Herabsetzung der Verpflichtung nur in dem Maße statt, als dies die Rücksicht auf die Kriegsbereitschaft des Bundesheeres zuläßt." Liegen folgende Amendingen vor: 1. vom Abg. v. Forckenbeck, unterstützt von v. Baerst, v. Unruh, Pette, Fries, v. Bennigsen, v. Hennig, Wiggers-Rostock u. A.: Den Art. 55 in folgender Fassung anzunehmen:

Jeder wehrfähige Deutsche ist 12 Jahre hindurch, in der Regel vom vollendeten 20. Lebensjahr an dienstpflichtig. Der Dienst soll im stehenden Heere 7 Jahre, davon bei den Fahnen höchstens die ersten 3 Jahre bei den Fahnen, die letzten 4 Jahre in der Reserve — und die folgenden 5 Lebensjahre der Landwehr an.

3) und 4) werden die oben bereits mitgeteilten Amendingen Erxleben und Dunker-Waldeck an dieser Stelle wieder aufgenommen.

Abg. v. Forckenbeck: Unsere Amendingen zu den verschiedenen Artikeln hängen in sich zusammen und bedingen sich gegenseitig. Sie sind gestellt worden, mit Rücksicht auf die Anträge des Abg. Miquel in Bezug auf die Bundesfinanzen und nur mit Rücksicht auf diese Anträge. Diese Anträge beabsichtigen Compromisse, drängen deshalb Überzeugungen, die ich hege, gehext und früher lebhaft vertheidigt habe, zurück. Sie beabsichtigen Compromisse zwischen den Parteien des Reichstages, zwischen dem Reichstag und den verbündeten Regierungen, zwischen den Organen der Einheit und den einzelnen Landtagen, welche später das Werk genehmigen sollen; sie beabsichtigen aber namentlich Compromisse zwischen den gebietserischen Notwendigkeiten des Norddeutschen Bundes und den freiheitlichen Bedürfnissen des Volkes, zwischen dessen Budgetrecht, welches wir für die Zukunft erhalten wollen, und sie wollen auf diese Weise dem Werke, was wir hier berathen, auch in dem Herzen und in der Überzeugung des Volkes diejenige Majorität sichern, welche neben der militärischen Einheit das beste Fundament für das Gediehen des norddeutschen Bundes sein wird. — Was nun meine Anträge zu Art. 55 betrifft, so geben dieselben der in Preußen bestehenden Organisation die gesetzliche Grundlage, die ihr meiner Ansicht nach nach den glorreichen Erfolgen der J. 1864 und 1866 unter keinen Umständen mehr entzogen werden darf, die ihr meiner Meinung nach in dem Augenblick gegeben werden müssen und auch Seitens eines preuß. Abgeordneten, der ihr früher entgegengestanden, gegeben werden kann, wo es sich darum handelt, nicht blos die Verhältnisse für Preußen zu bestimmen, sondern diese Organisation verfassungsmäßig auf das übrige Norddeutschland zu über-

fragen, sie also für 10 Millionen einzuführen, die bisher noch nicht der allgemeinen Wehrpflicht unterlagen. Ich bemerke, m. H., und betone damit, daß, wenn ich diese gesetzliche Anerkennung in vollem Umfange der Neorganisation ertheile, ich sogar geneigt wäre, um Zweifeln, die, wie ich höre, in der Versammlung vielfach laut geworden sind, vorzubringen, für die künftigen Artikel ausdrücklich zu bestimmen, daß damit die in Preußen bestehende Neorganisation und deren analoge Ausdehnung auf das übrige Deutschland als Grundlage der jährlich wiederkehrenden Geldbewilligung für die Armee anerkannt werden muß. Wenn ich dann im folgenden Abhaze bestimme, daß für die Ausmusterung der Reserve in dieselben Bestimmungen wie für die Landwehrmänner geltend sein sollen, so ist diese Concession wiederholt und zuletzt noch im J. 1865 dem preuß. Landtage gemacht worden. Das Gesetz v. 31. Dec. 1842 bestimmt nämlich in § 17: „die Entlassung darf nicht ertheilt werden 2) Militärpersonen, welche zum stehenden Heere oder dessen Reservemannschaften gehören, Landwehröffizieren und Beamten, bevor sie aus dem Dienst entlassen sind. Da nun die Reservefrist auf 2 Jahre ausgedehnt wird, und diese Ausdehnung bei dem Umfange von Norddeutschland gewiß ein großes Gewicht hat, so scheint die von mir vorgeschlagene Bestimmung eine keineswegs überflüssige, sondern nothwendige Sorge des Reichstags zu sein. M. H. Das Amendum, welches ich gestellt habe, erkennt sodann die dreijährige Präsenzzeit als geleglich als bestehend an, es vertagt die Frage über Ablösung der Dienstzeit zur Lösing für die Zukunft durch das Gesetz und lediglich aus dieser Rücksicht sind die Worte hinzugefügt: „davon bei den Fahnen „höchstens“ die ersten 3 Jahre.“

Abg. Windthorst spricht für das Amendum Exleben, welches auch die Gegenwart sicher stellen will, ohne die Möglichkeit eines gesetzmäßigen Abschlusses für die Zukunft auszuschließen. Abg. Dunker (Berlin) erklärt zunächst dem Abg. Lasler gegenüber, daß er nicht versteht, weshalb derselbe nicht schon im preuß. Abgeordnetenhaus bei der Berathung des Etats pro 1867 die Absicht kundgetragen habe, die Neorganisation anzuerkennen. Dort wurde nur ein Pauschquantum bewilligt unter gleichzeitiger Annahme einer von den Abg. Waldeck und v. Baerst beantragten Resolution, für die auch damals der Abg. Lasler gestimmt hat (hört, hört!). In dieser Resolution wurde ausdrücklich gesagt, daß die Bewilligung des Pauschquants nicht die Genehmigung aller zur Zeit tatsächlich bestehenden Einrichtungen in sich schließen und daß vielmehr das Gesetz über die Verpflichtung zum Kriegsdienste v. 3 Sept. 1814 bis zum Bustandekommen eines neuen Organisationsgesetzes die Grundlage für die Militära-Einrichtungen bilden sollte. Der Abg. v. Baerst hat damals diese Resolution motivirt mit Rücksicht auf die Verhandlungen, die in diesem Parlamente stattfinden sollten. Bedenfalls müßten die Bestimmungen über Rekrutierung, Erfolgstdienstzeit, Reserve und Landwehr im Wege der Gesetzgebung erlassen werden. Nun frage ich Sie, ob der Abg. v. Baerst in dem vorliegenden Verfassungsentwurf dieses Gesetzes anzuerkennen vermag, ich meinerseits bin dazie außer Stande. Wenn er es aber vermag, dann frage ich noch einmal, weshalb solche Ansichten nicht bei der Berathung des Militäretats im preuß. Abgeordnetenhaus geltend gemacht worden sind. Ich halte diese Änderung der Stellung nicht für motivirt und glaube jedenfalls, daß, wenn ein Volksvertreter der Meinung ist, zum Heile des Vaterlandes von einem bisher eingenommenen Standpunkt zurücktreten zu müssen, dies offen zu geschehen hat, damit das Volk die Motive kennen lernt und die Änderung der Ansicht nicht einfach für Abfall hält (hört!). Auch das, was der Abg. Lasler über die Wahlen gesagt hat, ist nicht richtig. Bei den Wahlen ist der gegenwärtige Verfassungsentwurf noch nicht bekannt gewesen. Man glaubte damals allgemein, daß gerade die Vereinbarung über die Militärfrage erst mit dem künftigen gesetzgebenden Reichstag vorzunehmen sein würde und daß diese Vereinbarung nicht stattfinden könnte ohne die reißsichste Prüfung. Wenn der Abg. v. Forckenbeck nun die gesetzliche Grundlage in Anerkennung der Neorganisation sehen will, dann möchte ich ihm doch zu bedenken geben, daß, wenn wir uns Jahre lang aus allen Kraft dagegen wehrten, diese Lasten für Preußen zu übernehmen, wir uns jetzt doppelt stricken müßten, derselben auf den ganzen Norddeutschen Bund auszudehnen. Das ist nicht die Art, alte Wunden zu schließen, ein so überreites Verfahren kann nur dazu dienen, sie zum Nachtheile des Vaterlandes bald wieder aufzubrechen zu lassen. (Bravo links!)

Abg. v. Blankenburg. Ich habe keinen Grund, mich in den Prozeß, den der Vorredner den Abg. Lasler und v. Forckenbeck macht, einzumischen. Solche Einmischung führt gewöhnlich zur Einigung der Parteien, die den häuslichen Zwist aufführen, und damit kann mir und meiner Partei keineswegs gedient sein. (Heiterkeit.) Ich will daher jetzt nur kurz erklären, daß wir uns mit dem Amendum Binde und dem 2. Theil des Amendum Forckenbeck einverstanden erklären, nicht aber mit dem ersten Theil. Das Wort „höchstens“ in demselben ist entweder überflüssig oder erregt Misstrauen in der Armee. — Kriegsminister v. Roon: Ich finde eine Änderung zu Art. 55 vollständig überflüssig, denn der Verdacht, der von der linken Seite dieses hohen Hauses ausgeprochen worden ist, als wäre in der kurzen und plasti- schen Fassung von Art. 55 irgend eine Falle verborgen, ist vollständig ungerechtfertigt. Wie kann man der Regierung, die ausgesprochen hat, daß die preuß. Militär-Gesetzgebung überall im Norddeutschen Bunde eingeführt werden soll, trauen, daß sie bei dieser Gelegenheit eine vier- oder fünf- oder gar siebenjährige Präsenz erschleichen wolle. Wenn man eine Deklaration für nötig hält, so schließe ich mich dem Am. Binde und dem 2. Theil des Am. Forckenbeck an.

Abg. Dr. Waldeck bezieht sich auf die Erklärungen des Abg. Dunker, weist darauf hin, daß die Neorganisation gesetzlich noch nicht anerkannt ist und daß dieselbe jedenfalls nur in dem künftigen Parlamente berathen werden könnte. Ich frage Sie, wie ist es möglich, in dem gegenwärtigen Parlament solche Fragen zu coupiren, wie ist es möglich, den Paragraphen mit der siebenjährigen Dienstzeit anzunehmen und dadurch eine gesetzliche Grundlage geben zu wollen, ehe man das ganze Bundesheer, wie es constituiert werden soll, vor sich hat. (Sehr richtig! Heiterkeit.) Also darüber jeder denken, wie er Lust hat, ich bitte, mir nur erst eine Verfassung zu zeigen, die ein vollständiges Kriegsgesetz enthält, dann will ich mich belohnen lassen, eher nicht. Früher war immer die Rede davon, daß nur die ungünstigen Grenzen Preußens ein Zurückziehen von den großen Prinzipien Schleswig's und Dänens erforderten, von einer glorreichen Landwehr, auf die Preußen stolz war, deren Einrichtung seine Finanzen schone und auch in volkswirtschaftlicher Beziehung von höchster Wichtigkeit war, die eine Garantie gegen mutwillige Kriege bot und der es auch zu ver-

dannten war, daß man 1830 nicht einem Gang zum Kriege gegen die Julirevolution nachgab. Das war eine wahrschei. Schutzwehr für den Frieden, ohne das Land durch große Niedersungen und große stehende Heere aufzuzehren. Die Verdächtigungen, als wolle die liberale Partei das Land wehrlos machen, weise ich zurück. Im Gegentheil, wir wollen das Land wehrhafter machen durch Festhaltung des Landwehrsystems. Was soll denn das heißen, daß die Hrn. Vorredner jetzt die Neorganisation anerkennen und so recht, wie der Franzose sagen würde, ihre eigenen Worte hinunterschlucken, wenn sie hier den Conflict austragen wollen, wo es sich weder um Organisation, noch um Neorganisation handelt. Wollen Sie dadurch den Bundesgesetzgebung einen Riegel vorschieben, daß sie dann nicht mehr wirksam sein kann? Welchen Einfluß es hat, ob für 5 oder 7 Jahre eine Dienstpflicht im stehenden Heere besteht, geht schon daraus hervor, daß die Landwehr nur die Verpflichtung hat, für den Kriegsfall einzutreten. Wir können nicht mit einem einzigen Worte einen fünfjährigen Kampf aufgeben. Das Gesetz v. 3 Septbr. 1814 besteht zu Recht und deshalb schlagen wir vor, bis zum Ende eines Bundesgesetzes dieses Gesetz festzuhalten. Ich bin der festen Überzeugung, daß wenn der Kriegsminister sonst will, Alles geschehen kann, um für den künftigen Reichstag eine solche und tüchtige Grundlage zu finden, auf der man in der Militäraorganisation zu einem dauernden und sicheren Erfolg gelangen kann, wie ihn die gegenwärtige Vorlage in keiner Weise zu bieten vermag. (Bravo links!)

Abg. v. Baerst: Die Aeuß.ung des Abg. Dunker, daß ich den Standpunkt, den ich eine Reihe von Jahren eingenommen, verlassen habe, veranlaßt mich zu einer kurzen Bemerkung. Der Abg. Dunker hat eine Stelle aus einer Rede citirt, die ich als Referent der Militäracommission gehalten habe. Das Citat entspricht durchaus den Verhandlungen, in denen sich der Reichstag jetzt befindet. Jetzt eben sind wir dabei, Gesetze für den Norddeutschen Bunde zu vereinbaren, und dazu gehört auch das Gesetz über die Verpflichtung zum Kriegsdienst. Ich nehme unter keiner Bedingung und niemals in Anspruch einen prophetischen Geist. In dem Citat aber ist eben das vorausgesetzt, was jetzt vereinbart werden soll: ein Gesetz für die Bundesarmee im einheitlichen Sinne auf Grundlage der preuß. Organisation und der preuß. Gesetze. M. H.! Aus meinem Gedächtnisse und Herzen wird das letzte Jahr niemals verwischt werden, und ich sollte meinen, daß wir nach diesen Ereignissen den alten Conflict und die alten Streitigkeiten, die wir auf gesetzlichem Boden gekämpft haben, nicht hineintragen sollten in dies neue, hoffentlich bald zu erreichende Ziel (Beifall rechts); und ich glaube, daß es nicht gut ist, persönliche Angelegenheiten hier zu erörtern, die uns von der Sache und dem Kern nur entfernen könnten. Die Sache ist meiner Meinung nach viel zu bedeutend, als daß eine so unbedeutende Person, wie ich, hineingebracht werden sollte. (Ruf: Sehr wahr!)

Abg. v. Wächter empfiehlt das Amendum Exleben. — Abg. Lasler spricht für das Amendum Forckenbeck und führt aus, daß das Wort „höchstens“ nur die Bedeutung habe, daß die Dienstzeit von 3 Jahren nicht zur verfassungsmäßigen Pflicht werde, sondern daß dieselbe nach dem Ermessen des Bundesfeldherrn auch abgekürzt werden könnte. Dem Abg. Dunker antwortet Redner auf die Frage, weshalb er nicht schon im preußischen Landtage in diesem Jahre die Neorganisation anerkannt habe, daß die Frage über die Kriegsverfassung auf das deutsche Parlament übergehe und daß er und seine Freunde es für ganz unzweckmäßig gehalten hätten, an unrichtiger Stelle einen unnötigen Streit zu erheben. Wir halten es — sagt Redner — für unmöglich, die Frage über die Organisation, wie es das Amendum Waldeck will, für längere Zeit uneinschieden zu lassen und die tatsächlichen Verhältnisse zu dulden. Wir ziehen ein Definitivum vor. Der Abg. Dunker hat die Aufrorderung an mich gerichtet, wenn ich in dieser Beziehung eine Wandlung vorgenommen hätte, dies offen und vor dem Volle zu thun. Ich weiß nicht, wie man seine Ansicht besser, wie man sie offener vor dem ganzen Volle begründen kann, als hier auf dieser Tribüne. Wenn sodann der Hr. Abg. Waldeck gesagt hat, daß wir unsere Worte herunterschlucken und daß wir uns durch die Strömung der heutigen Zeit bewegen ließen, so gestatten Sie mir mitzuteilen, daß ich schon im Juni v. J. vor meinen Wählern den Ausspruch gethan habe: „Wenn ich mich überzeugen werde, daß die Neorganisation wohlthätig für das Land gewirkt habe, so würde ich den Ersten sein, dies anzuerkennen.“ Ich habe damals vor meinen Wählern diese Sprache geführt und ich urtheile nur nach den Resultaten. Diese Resultate sind der Art, daß die bestehende Armee die ruhmvollsten Thaten für das Vaterland, unser Reich geschafft und erweitert hat, daß ich aber nicht die feste Überzeugung habe, wenn die Armee anders organisiert würde, ob in gleicher Weise die Zukunft sicher gestellt sein würde. (Beifall.)

Abg. v. Forckenbeck verzichtet auf das Wort. — Abg. v. Binde (Olsendorf): Das Wort „höchstens“ im Amendum Forckenbeck ist nicht nötig. Durch den vorliegenden Verfassungsentwurf werden durchaus keine größeren Militärlasten, wie bisher auferlegt. — Abg. v. Binde (Hagen): Ich verzichte auf das Wort. (Tassen.)

Es wird nun mehr zur Abstimmung geschritten; das Amendum Exleben wird abgeschaut; ebenso das Amendum Dunker-Waldeck (gegen etwa 30 Stimmen); auch für den ersten Satz des Amendum Forckenbeck erhebt sich nur eine allerdings sehr bedeutende Minorität (die Linke stimmt dagegen); darauf wird das Amendum Binde, so wie die beiden letzten Sätze des Amendum Forckenbeck, und darauf die Reierungsvorlage in dieser amendirten Form mit großer Majorität angenommen.

Art. 56 des Verf.-Entwurfs lautet: Die Friedens-Präsenzstärke des Bundesheeres wird auf ein Prozent der Bevölkerung von 1867 normirt und pro rata derselben von den einzelnen Bundesstaaten gestellt; bei wachsender Bevölkerung wird nach je 10 Jahren ein anderweitiger Prozentsatz festgestellt werden.

Hierzu liegen folgende Amendements vor: 1) von dem Abg. v. Forckenbeck den Art. 56 in folgender Fassung anzunehmen: Die Friedens-Präsenzstärke des Bundesheeres wird bis zum 31. December 1871 auf 1 Prozent der Bevölkerung von 1867 normirt, und wird pro rata derselben von den einzelnen Bundesstaaten gestellt. Für die spätere Zeit wird die Friedens-Präsenzstärke des Heeres im Wege der Bundesgesetzgebung festgestellt. 2) Ein Amendum Dunker-Waldeck verlangt jährlich ein Gesetz über die Aushebung und für den nächsten Reichstag ein Organisations- und ein Rekrutungsgesetz. 3) Von dem Abg. v. Molte, dem Art. 56 hinzuzufügen: „Die durch die Art. 56 und 58 bestimmten Leistungen dauernd fort bis zur Publikation des neu zu Stande zu bringenden Bundesgesetzes“. 4) Von dem Fürsten zu Solms,

der die Heeresstärke nach Art. 56 auf 7 Jahre, von dem Abg. Kratz, der dieselbe auf 3 Jahre festgesetzt wissen will.

Kriegsminister v. Roon spricht seine Freude darüber aus, daß die Neorganisation jetzt von Vielen anerkannt werde und hebt hervor, daß die Kontingentirung, gerade um einer Forderung der Gegner entgegenzukommen, in den Entwurf aufgenommen sei. Bisher seien in Preußen 12 pro Mille unter Waffen gemessen, in diesem Augenblick werden es etwa 11 pro Mille sein. Ein Prozent oder 10 pro Mille wolle der Entwurf. Der alte Bunde nahm auch schon theoretisch 1 Prozent und dann noch ein Drittel Reserve. Nach dem Entwurf soll der Prozentsatz nach 10 Jahren neu festgestellt werden. Ob dann 9, 8½, 8 Prozent oder noch weniger genommen werden wird, Gegenstand der statistischen Resultate sein. Ein Punkt wird dabei hauptsächlich in Betracht kommen: die politische Situation. Wenn nach 10 Jahren die europäischen Verhältnisse so liegen, wie heute, wird allerdings nicht zu denken sein an eine Verminderung der Wehr- und Schlagsfähigkeit unserer Nation. Ich kann allerdings der Wahrscheinlichkeit keinen scharfen Glauben abgewinnen, daß die Bedingungen so bald aushören, die heute die Nationen in Waffen erhalten in stärkerer Zahl, als es für die friedliche Entwicklung der Verhältnisse nothwendig ist. Die alljährliche Feststellung der Friedensstärke würde nach meiner Meinung überall zu großen Unbequemlichkeiten für die Militärverwaltung führen; die ganze Organisation würde darunter leiden. Wenn in England alle Jahre die Frage im Parlament gestellt wird, ob die Armee verstärkt werden soll, so ist dies ein Vorgang, der sich nicht zur Nachahmung empfiehlt, zumal für einen Staat, der die geographische Lage wie Deutschland hat. Die Contingentirung verhindert nicht gegen das constitutionelle Prinzip. Ich will dabei nur an das Beispiel eines Landes erinnern, das von den Enthusiasten des rein constitutionellen Prinzipis mit Vorliebe erachtet wird, ich meine Belgien, dort ist auch eine Gelb-Contingentirung festgestellt. Was nun die Amendements anbetrifft, so bin ich leider in der traurigen Nothwendigkeit, mich gegen dieselbe erklären zu müssen, nicht weil die Regierung etwa das feindselige Bestreben darin erblickt, das Werk zu zerstören, sondern, weil ich glaube, daß die Amendementssteller sich nicht der angemessenen Beurtheilung erfreuen, welche die Sache erfordert. Man sagt: 300,000 Mann sind zuviel, das ist eine exorbitante Friedensstärke. Überall, wohin wir blicken, macht sich allerdings das Streben geltend, die bewaffnete Macht herabzusetzen; aber wird diesem Streben wohl irgendwo tatsächlich nachgegeben? Wir sehen, daß unser mächtiger Nachbar 400,000 Mann präsent hält. Von Österreich Bahlen anzugeben, ist jetzt wohl schwer; Russland will ich nicht anführen, weil die Vergleichungspunkte durchaus heterogene Natur sind. Es ist in dieser Friedensstärke auch nicht ein Mann zu viel, wenn wir damit den Zweck erreichen wollen, den die Nation von der Regierung erwartet; wenn wir sicher sein wollen gegen alle politischen und militärischen Eventualitäten, so müssen wir auch frei verfügen können über die gesamte organisierte Wehrkraft des Bundes. Jeder Staat jedes einzelnen Bataillons und jeder einzelnen Eskadron ist Mann für Mann und Pferd für Pferd berechnet auf das zulässige Minimum nach dem Urteil aller Sachverständigen. Bei der gegenwärtigen Lage Europas wäre es durchaus leichtfertig, in dieser Beziehung nachzugeben gegen die sehr berechtigten Wünsche des bürgerlichen Lebens. Zu festlichen Zeiten sagte man wohl: „Wo so viel Militär halten?“ Preußen ist doch nicht im Stande, gegen irgend eine Großmacht stand zu halten. Ich habe damals nicht widersprochen, um nicht der Prählerie beschuldigt werden zu können. Gegenwärtig ist darüber wohl kein Wort mehr zu verlieren. (Beifall rechts.) Als im Verlauf der Nilsburg Verhandlungen die Möglichkeit auftaucht, weiter Krieg führen zu müssen, da war, Dank der Neorganisation, der Kriegsminister in der glücklichen Lage, zu sagen: Wenn es die Politik verlangt, die Mittel sind da! Sagen Sie die Militärverwaltung des neu zu gründenden Bundesstaats nicht in die Lage, daß sie gleich mit einem Defizit beginnt. (Beifall rechts.)

Reichs-Commissarius v. Podbielski: Der Entwurf setzt an Kosten aufwand 225 Thlr. pro Kopf fest; die bisherigen Bedürfnisse der preuß. Armee betragen 213 Thlr. pro Kopf, von allen Seiten ist aber schon im preuß. Abgeordnetenhaus betont worden, daß manigfache nothwendige Bedürfnisse unbefriedigt blieben; von allen Seiten wurde gefragt, daß für die auf den Communen liegende Quartierlast keine entsprechende Entschädigung geleistet würde. Will man diesen Bedürfnissen abhelfen, so würde sich die Summe schon von 214 auf 219 Thlr. erhöhen. Vielsach ist die berechtigte Forderung laut geworden, die Verpflegung der Soldaten aufzubessern, und der preuß. Landtag hat auch im Etat pro 1867 den Sold bereits um 6 Pfennige pro Tag und Mann, also 6 Thlr. pro Jahr erhöht. Wenn man nun zur Verbesserung der Naturalverpflegung, des Mittagsessens, 3 Pf. pro Tag, also 3 Thlr. jährlich aussetzt, so blieben noch 3 Thlr. übrig. Nun wird man wohl von allen Seiten angeben, daß die Geldsätze, wie sie vor 40—50 Jahren in den Gehältern aufgestellt worden, hente nicht mehr zulangen, daß zumal das Gehalt der Subalternoffiziere und der Aerzte durchaus einer Aufbesserung bedarf, derart, daß sie wenigstens davon erzielen können. Dazu kommt, daß in der Mehrzahl der Norddeutschen Bundesstaaten die Subalternoffiziere ein höheres Gehalt beziehen. Aus der ganzen Berechnung haben Sie ersehen, daß Alles so knapp wie möglich bemessen worden ist; es werden sich in einzelnen Fällen Mehrausgaben herstellen, die durch Ersparnisse in andern Punkten gedeckt werden müssen. Die Möglichkeit eines Ausgleiches ist nur dann vorhanden, wenn Sie die geforderte Summe als Pauschquantum willigen.

Abg. v. Sybel: Jeder Zweifel an der Neorganisation, um die Europa uns beneidet, ist nach den Ereignissen des vergangenen Jahres unzulässig. Ich huldige damit nicht dem äußern Erfolg, sondern erleane die Leistungen der Neorganisation an. Bevor Preußen Hand an das Werk der Einigung Deutschlands legte, konnte es mit einem Präsenzstande von 130,000 Mann auskommen, ja, er war fast zu hoch; aber damals, zur Zeit der Restauration, war Preußen der unverbrüchliche Schildknapp. Österreichs und erkauft durch diese Selbstbescheidung seine Stellung im Bunde. Die Frage, ob der Präsenzstand alle 3, 5 oder 7 Jahre aufs Neue fixirt werden soll, ist eine rein technische, der Bestand der Armee bleibt doch immer unangetastet. In diesem Sinne kann ich dem Amendum v. Forckenbeck zustimmen. Der Vorwurf, daß die Friedens-Präsenzstärke von 1 Prozent den Wohlstand hemme, ist grundlos. Togdem Preußen seit 1815 mehr als 1 Prozent heranzog, so hat sich doch in den J. 1815—1850 sein Wohlstand verdreifacht und es war im Stande, im vorig. Jahre







